

Viel Unterstützung für AOK-Sprechstunde

Fast 1.000 Barmstedterinnen und Barmstedter fordern in einer Unterschriftenaktion die Beibehaltung der AOK-Sprechstunde im Rathaus. Auf der letzten Hauptausschusssitzung forderte BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel die Bürgermeisterin auf eine Lösung zu finden, damit das vielgenutzte Angebot aufrecht erhalten bleibt.



Bürgerinitiative Königstraße: Tempolimit für alle Fahrzeuge

Die Anwohner der Königstraße wehren sich seit Jahren gegen die Belastungen durch zu schnell fahrende PKWs und gestiegenen LKW-Verkehr. Täglich nutzen die An- und Abholfahrzeuge der Meierei/Käsefabrik und der Verbrauchermärkte den Weg durch die Innenstadt. Damit dies nicht so bleibt, haben 175 Anwohner mit ihrer Unterschrift die Forderungen nach Verkehrsberuhigung und LKW-Verbot unterschrieben.

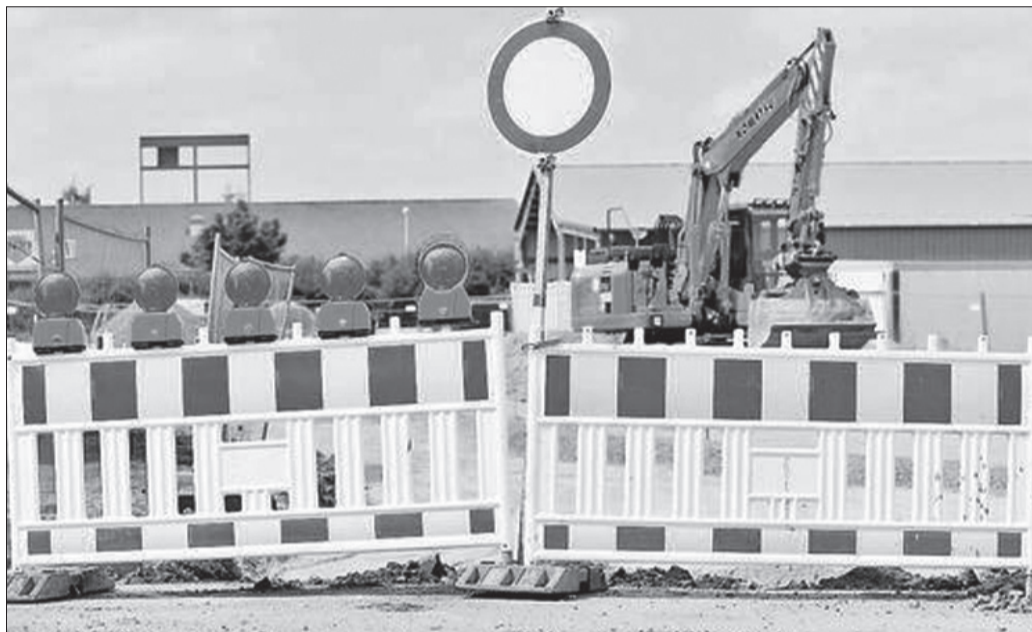
Die Bürgerinitiative Königstraße hat jetzt mit einem Handzettel über das bisher Erreichte informiert und bekräftigt, dass sie sich weiterhin für die noch ausstehenden Forderungen stark machen will.

In mehreren Gesprächen mit der Stadtverwaltung, der Verkehrsbehörde des Kreises Pinneberg, dem Verkehrsministerium in Kiel, der Verkehrsüberwachungsstelle des Kreises und der örtlichen Polizei haben die Anwohner ihre Probleme und Forderungen vorgetragen. In der Bürgerfragestunde der Stadtvertretung und des zuständigen Ausschusses waren Vertreter der Initiative immer präsent und haben durch Stellungnahmen und mit gezielten Anfragen nicht locker gelassen. Erste Schritte zur Veränderung der Situation in der Königstraße konnten mittlerweile durchgesetzt werden. In der Königstraße gibt es ein Tempolimit von 30 km/h und ein Nachtfahrverbot für LKWs. Dieses wird nach Meinung der Anlieger aber nicht immer eingehalten. Deshalb fordert die Initiative regelmäßige Kontrollen der Geschwindigkeit und des Nachtfahrverbots. Außerdem soll endlich ein generelles Tempolimit von 30 km/h für alle Fahrzeuge und ein Durchfahrverbot für LKWs erreicht werden – nur der Anlieferverkehr für die Geschäfte soll erlaubt sein.

BALL zur Diskussion über Straßenausbaubeiträge:

Anliegerbeiträge drastisch senken!

Auf der Stadtvertretersitzung vom 09.06.2015 wurde der Ausbau von Stadtstraßen in Barmstedt bis 2018/19 beschlossen. Ausgebaut werden sollen die Marktstraße, die Berliner Straße, die Danziger Straße, der Erlengrund, der Weidkamp, die Großendorfer Straße und die Neue Straße. Die BALL-Fraktion stimmte gegen das Ausbauprogramm. Stadtvertreter Helmut Welk sagte dazu: „Wir sind nicht gegen die Sanierung dieser Straßen, aber gegen die Finanzierung des Ausbaues über Straßenausbaubeiträge, die die Anwohner zu zahlen haben. Bei den hier aufgelisteten Straßen sollen von den Anwohnern 50 - 75 Prozent der Ausbaukosten übernommen werden.“



Das Erheben von Straßenausbaubeiträgen ist bundesweit nicht einheitlich geregelt und außerdem sehr umstritten. In Berlin, Baden-Württemberg und Sachsen werden keine Beiträge erhoben, und in Bayern läuft gerade eine Diskussion über die Abschaffung dieser Beiträge.

Die BALL-Fraktion schließt sich auch der Argumentation des Allgemeinen Deutschen Automobil-Club (ADAC) an, der in einer aktuellen Broschüre mit dem Titel „Beiträge der Anwohner zum Straßenausbau in Städten und Gemeinden“ von den Verantwortlichen in den Bundesländern und Gemeinden fordert, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten: Schließlich sind die Kosten für das Straßennetz in Deutschland durch Steuern und Abgaben der Nutzer (z.B. Mineralöl- und Kfz-Steuer) bereits vollständig gedeckt.“

Die BALL-Fraktion wird das Thema Straßenausbaubeiträge auf der nächsten Stadtvertretersitzung vor den Sommerferien wieder aufgreifen. In Form einer Resolution soll dann von der Landesregierung im ersten Schritt eine drastische Senkung der Ausbaubeitragshöhe und im zweiten Schritt die völlige Abschaffung gefordert werden.

CDU/SPD-Regierung will Vorratsdatenspeicherung:

Totalüberwachung droht

Als herauskam, dass der amerikanische Geheimdienst NSA das Telefon von Bundeskanzlerin Merkel ausspionierte, war die Empörung groß. Aber dies war nur die Spitze des Eisbergs. Mittlerweile ist bekannt, dass die NSA im Monat 500 Millionen Verbindungen nur in Deutschland und insgesamt 60 Millionen Daten TÄGLICH überwacht. Daten, die nicht allein der vielbeschworenen Terrorbekämpfung dienen sondern mit denen auf vielfältige Weise Schindluder betrieben werden kann.

Und mittendrin der Bundesnachrichtendienst (BND). Fast täglich kommen neue Informationen ans Licht der Öffentlichkeit, wie und wobei der BND mit der NSA zusammen gearbeitet hat. Dabei geht es auch um Informationen aus und über deutsche und europäische Industriebetriebe und internationale Organisationen wie z.B. die Internationale Atomenergie-Kommission (IAEO) in Wien. So hat bereits im Jahr 2005 der BND von der Telekom grünes Licht für den Zugriff auf eine Glasfaserleitung erhalten, um die Kommunikation zwischen Luxemburg und anderen EU-Staaten auszuspionieren.

Die belgische Regierung hat jetzt eine Untersuchung angeordnet, um heraus zu finden, welche und wie viele Daten „abgefischt“ wurden. Kleines Schmäckerl anbei: Im Interview mit dem Hamburger Abendblatt am 3. Juni

die Zusammenarbeit des BND mit den US-Geheimdiensten? Welches sind die „unerlaubten Suchbegriffe“, die die NSA (angeblich ohne Wissen von BND-Verantwortlichen) in das Überwachungssystem integriert hat?



2015 sagte Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel (SPD): „...der Bundeswirtschaftsminister muss deutsche Unternehmen vor Wirtschaftsspionage schützen. Was soll er tun, wenn er davon hört, dass ein anderer Teil der Regierung, nämlich der Bundesnachrichtendienst, möglicherweise dabei hilft, Wirtschaftsspionage zu betreiben?“ Zuständig für den BND waren 2005 der Kanzler und sein Amtschef. Wie umfangreich war und ist

Das sind nur zwei Fragen, auf deren Beantwortung die Öffentlichkeit ein Anrecht hat. Geht es doch bei der digitalen Überwachung um einen Angriff auf die Grundrechte!

Die Suche nach Antworten wird aber immer wieder mit dem Hinweis auf Geheimhaltung beschränkt. Selbst im parlamentarischen Kontrollgremium werden – mit dem Hinweis „geheim“ – nur bedingt befriedigende Antworten gegeben.

Ebenfalls Druck machen der NSA-Untersuchungsausschuss und die G 10-Kommission, die Überwachungsmaßnahmen der Geheimdienste bewilligen muss. Dabei ist es nicht die öffentliche Diskussion, die die Sicherheit gefährdet, sondern vielmehr die Art und Weise der Arbeit des BND und die Politik der Kanzlerin und ihrer Regierung.

So wurde mehrfach beteuert, dass man mit den USA ein „No spy – Abkommen“ schließen wird. So ein Abkommen wird es aber nicht geben, weil ein Gesetz es jeder US-Regierung verbietet, sich auf eine internationale Vereinbarung einzulassen, die das Sammeln von Daten in und gegen andere Länder einschränken könnte (Nationales Sicherheitsgesetz aus 1947 – ergänzt durch das „Public law 106-567“ aus dem Jahre 2000). Das weiß auch die Bundesregierung. Sie täuscht die Öffentlichkeit also ein weiteres Mal.

Vorsicht bei der Wortwahl!

Es kann schnell gehen, dass man im Raster hängen bleibt und ins Visier der Ermittler gerät: Der Sozialwissenschaftler der Berliner Humboldt Universität, Dr. Andrej Holm, wurde als Terrorverdächtiger angeklagt und in U-Haft gesteckt. Er hatte in beruflichen e-mails die in der Soziologie gängigen Wörter „Prekarisierung“ und „Gentrification“ benutzt und wurde dabei vom BND „erwischt“. Das waren Wörter, die

auch von einer „militanten Gruppe (mg)“ benutzt wurden und die damit automatisch für den BND mit links, also radikal, also Terror gleichgesetzt wurden.

Hier paart sich Dummheit mit Datensammelwut und Hysterie. Das Ganze gipfelt dann in der Vorratsdatenspeicherung. Die Bundesregierung hat jetzt das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung auf den Weg gebracht. Es ist eine Neufassung der Vorschriften, die im Jahr 2010 bereits vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig und 2014 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) ebenfalls als rechtswidrig eingestuft wurden. Die Bevölkerung wird weiter bespitzelt. So wird z.B. über Ihre Telefonnutzung gespeichert, wann Sie liebe Leser/in mit wem und wie lange telefoniert haben. Sie haben mit dem Handy telefoniert? Dann wird über die Ortung auch noch Ihr Aufenthaltsort erfasst.

Andererseits: Millionen Menschen geben freiwillig große Teile ihres Lebens den „privaten Geheimdiensten“ preis: auf Facebook, Twitter, Google, Windows etc.. Dort lagern Daten, auf die neben den Geheimdiensten auch (Werbe-)Firmen und kriminelle Elemente leichten Zugriff haben.

Wenn die Geheimdienste mehr über uns wissen als wir selber, sollten wir uns fragen, ob das gut ist. Christine Prayon

Mit Militär gegen Flüchtlinge im Mittelmeer:

Wie viele Tote noch?

In der Nacht vom 18. und 19.04.2015 kentert ein von Libyen gestartetes Boot mit Flüchtlingen. Es ertrinken ca. 800 Menschen, nur 28 konnten gerettet werden. Dies war vermutlich die bisher größte der unzähligen Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer, die insgesamt seit 2014 mehr als 5200 Menschen das Leben gekostet hat. Die von Deutschland dominierte EU antwortet auf diese humanitären Katastrophen mit einem 10-Punkte-Plan, dessen Ausrichtung in großen Teilen auf Abschottung und Grenzschließung statt auf Hilfe für Menschen auf der Flucht und Bekämpfung von Fluchtursachen setzt.

Beschlossen wurden unter anderem Militäreinsätze gegen „Schlepper“ und „Schleuser“ und eine Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen auf die verschiedenen EU-Länder sowie die Wiedereinführung der Seenotrettung. Die Seenotrettung soll aber nur vor den europäischen Küsten stattfinden. Das von Italien ins Leben gerufene und bezahlte Programm Mare Nostrum, das bis September 2014 aktiv war, kreuzte im zentralen Mittelmeer, bis vor den

Küsten Afrikas, wo die meisten Boote havrieren. Die neue Variante der Seenotrettung wird nicht von einem Rettungsdienst ausgeführt, sondern von der Grenzschutzagentur Frontex, die eigentlich den Auftrag der mili-

Menschen nicht mehr möglich sein soll, über den Mittelmeergebiet zu flüchten. Hierzu soll den Fluchthelfern das „Handwerk“ gelegt werden. Denn, so die Idee der EU Kommission, ohne Schlepper keine Flucht mehr. Die



tärischen Überwachung der EU-Außengrenze hat.

Zusätzlich wurde eine Militäration mit dem Namen EU-NAFOR Med. beschlossen. Es geht um den Einsatz gegen die Schleuser und Schlepper. Die perfide Logik dahinter ist, dass es den zur Flucht getriebenen

Militäraktionen dürfen im Gegensatz zur Seenotrettung bis vor den Küsten Libyens stattfinden und selbst am Land werden Einsätze gegen Schlepper und Schleuser diskutiert.

Die EU Kommission selbst hält es zudem für fragwürdig, dass Flucht und Migration durch

Zerstörung der Schlepperboote beendet werden kann. Alternative, noch gefährlichere Fluchtwege wären als Antwort wahrscheinlicher. Nicht zuletzt ist es auch eine humanitäre Frage. Die Schleuserboote, zumeist umfunktionierte Fischerboote, werden oftmals von Flüchtlingen oder verarmten Fischern gesteuert, Militäreinsätze gegen diese stellen eine kaum kontrollierbare Gefahr für die

Menschen auf den Schiffen dar.

Die Quotenregelung, als Idee Flüchtlinge auf die verschiedenen EU-Staaten anhand einer Quote zu verteilen, betrifft nur Flüchtlinge, die bereits in Europa angekommen sind.

Es geht also nicht um die

Flüchtlinge, die unter katastrophalen Bedingungen auf eine Überfahrt nach Europa warten. Außerdem lehnen die meisten der EU-Staaten eine Quotenregelung ab. Im Gegenteil sind sie nicht einmal bereit Flüchtlinge aufzunehmen. Maximal von einer „Unterstützung“ ist die Rede. Fürsprecher findet die Quote ausschließlich bei EU-Ländern, die an den EU-Außengrenzen direkt von der Flucht betroffen sind.

Die einzige Möglichkeit weitere unzählige Opfer im Mittelmeer zu verhindern ist sichere und legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge in die EU zu schaffen und eine grundlegende Reform der bisherigen Asylzuständigkeit, mit dem Ziel Flüchtlingen zu ermöglichen dort Asyl zu beantragen, wo sie Anknüpfungspunkte auf Grund von Sprache, familiärer oder freundschaftlichen Verbindungen haben nicht aufgrund von Quoten. Des Weiteren muss eine zivile europäische Seenotrettung aufgebaut werden, nicht der Grenzschutz sondern der Schutz von Menschen muss dringend in den Vordergrund gestellt werden!

Das Europaparlament könnte sofort die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen, statt sie in Grenzabschottungsanlagen und Überwachungssysteme zu stecken, für die im Zeitraum 2007 bis 2013 1,82 Milliarden

Euro ausgegeben wurden. 9 Millionen Euro pro Monat hat das italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum gekostet, durch das von Oktober 2013 bis Oktober 2014 über 110000 Flüchtlinge im zentralen Mittelmeer gerettet werden konnten. Das war der EU zu viel.

Die brutalen völkerrechtswidrigen Praktiken an Europas Außengrenzen, mit denen Flüchtlingen das Recht genommen wird, in der EU Schutz zu suchen, müssen sofort beendet werden!

Die im Oktober vom Europäischen Rat beschlossenen verstärkten Kooperationen mit den Herkunfts- und Transitländern von Schutzsuchenden und Ausbau der dortigen Haftanstalten und Grenzkontrollen führen zu schweren Menschenrechtsverletzungen und weiteren Traumatisierungen durch Folter und Inhaftierungen, denen die Flüchtlinge schutzlos ausgeliefert sind!

Europa ist ein Einwanderungskontinent, es wird Zeit dies anzuerkennen und legale Fluchtwege zu öffnen.

Asylrecht ist ein Menschenrecht.

Weitere Info's z.B. unter www.proasyl.de

Stadtvertretung beschließt neue Baugebiete in Barmstedt:

Weiterer Kindergarten erforderlich

Die BALL ist mehr denn je der Auffassung, dass es Zeit wird die Planung eines weiteren Kindergartens in Barmstedt in Angriff zu nehmen. Bereits in der Vergangenheit blieb der Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- bzw. Krippenplatz in Barmstedt zu oft unerfüllt. Jetzt entstehen zwei weitere Neubaugebiete an der Hamburger Strasse und am Nappenhorn auf dem ehemaligen Gabor-Gelände. In der Diskussi-

on steht auch die Bebauung der ehemaligen Baumschule Drath an der Großen Gärtnerstrasse. Insgesamt wird durch das Hinzuziehen junger Familien die Nachfrage nach Kita- und Krippenplätzen weiter steigen. Darauf muss die Stadt reagieren. Als Träger eines weiteren Kindergartens kommen in erster Linie die freien Träger infrage, und sollte sich keiner finden, dann müsste ein kommunaler Kindergarten errichtet werden.



CDU/CSU/SPD-Bundesregierung:

Im Eiltempo Fracking erlauben

Die Anti-Fracking-Initiativen bundesweit und so auch im Umfeld Barmstedts sind aktiv und auch erfolgreich: Etwa zwei Drittel der Bundesbürger wollen ein komplettes Fracking-Verbot. Christdemokraten und Sozialdemokraten in der Bundesregierung folgen jedoch lieber den Wünschen aus den Konzernzentralen und wollen Fracking weitestgehend erlauben. Es deutet sich an, dass die große Koalition das Fracking-Ermöglichungsgesetz bis zur Sommerpause im Eiltempo im Bundestag beschliesst. Das



ist die Strategie: Schnell durchziehen, bevor der Widerstand in der Bevölkerung weiter wächst. Nach dem Gesetzentwurf soll Fracking auf etwa 75 % der Fläche Deutschlands erlaubt werden, und sogar oberhalb einer Tiefe von 3.000 Metern sollen Genehmigungen möglich werden. Eine „Expertenkommission“, in der die Vertreter der Energiekonzerne sitzen, soll darüber entscheiden, wer wo fracken darf.



Kurzmeldungen:

Ehemaliges Gabor-Gelände:

Die Stadtvertretung fasste den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 55 für das ehemalige Gabor-Gelände am Nappenhorn. Dort soll ein weiteres Wohngebiet mit Einzel- und Reihenhäusern entstehen. Die BALL-Fraktion unterstützt dies. In der weiteren Beratung wird die BALL darauf achten, dass genügend Frei- und Spielflächen mit eingeplant werden.

Gnadenlos:

Zur Haushaltssanierung ziehen CDU, FWB, SPD und Grüne jetzt auch die Schulkinder heran. Wer seinen Fahrausweis erneuern lässt, muss jetzt 10,- Euro statt bislang 5,- Euro zahlen. Das dürften kaum 100,- Euro im Jahr Mehreinnahmen sein. Eine echte Verbesserung.

Trinkwasserschutz:



Wie die BALL auf Nachfrage im Werkausschuss erfuhr liegt der neue Brunnen am Steinmoor, aus dem die Stadt ganz wesentlich mit Trinkwasser versorgt wird, nicht im Was-

serschutzgebiet. Wasserschutzgebiete werden nur für die oberen Trinkwasserleiter in rd. 30 Metern Tiefe von der Landesbehörde ausgewiesen. Diese sind jedoch wegen der Pestizidvergiftung bis auf einen stillgelegt. Der Brunnen am Steinmoor fördert Wasser aus rd. 100 Metern Tiefe. Dort sei die Wasserqualität aufgrund der Deckschichten noch nicht gefährdet.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt